

Presseerklärung

Migrationsreport 2006 – Perspektiven der Integration in Deutschland

Integration ist in aller Munde: So ist sie zuletzt – im Anschluss an den von der Kanzlerin veranstalteten nationalen Integrationsgipfel und die Islamkonferenz des Innenministeriums – auch auf der europäischen Medienkonferenz in Essen zur zentralen Herausforderung für Deutschland und Europa erklärt worden. Medien wie Politik erklären öffentlich (in den Werbeworten eines großen Automobilunternehmens formuliert): »Wir haben verstanden«. Symbolische Politik ist in der Frage der Integration wichtig und in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Dabei mangelte es in den letzten Jahren nicht an entschiedenen, gelegentlich auch etwas kraftmeiernden Positionen im Hinblick auf das, was jetzt zu geschehen habe.

Aber der Teufel steckt wie immer im Detail. Wenn es um konkrete Antworten geht, stellt sich heraus, dass eine Politik der Integration oftmals weniger kann, als sie unter öffentlichem Erklärungsdruck in Anspruch nimmt. Aussicht auf Erfolg hat sie nur dann, wenn sie die erforderliche Aufmerksamkeit für wichtige Details und den notwendigen langen Atem aufbringt, den generationenübergreifende Prozesse der Integration von Migranten erfordern. Der Migrationsreport, den der Rat für Migration (RfM) alle zwei Jahre herausgibt, behandelt seit seinem erstmaligen Erscheinen im Jahre 2000 Fragen von Migration und Integration in dieser Perspektive. So auch der vorliegende Band.

Deutschland hat rückblickend betrachtet in erstaunlicher Geschwindigkeit eine Reihe von gesetzlichen Anpassungen vorgenommen: ausgehend von der Reform des Ausländergesetzes im Jahre 1990 die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes, gültig seit dem 1.1.2005 und schon zuvor im Jahre 2000 die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Damit sind Zuwanderern Angebote der Integration ebenso wie der Zugang zur Staatsbürgerschaft eröffnet. Das kann man als Paradigmenwechsel in der deutschen Zu- und Einwanderungspolitik bezeichnen.

Diese Veränderungen waren – wie auch in anderen Politikbereichen – das Ergebnis politischer Kompromissbildungen und entsprechend ist man gegenwärtig schon mit der Abarbeitung der unbeabsichtigten Folgen solcher Kompromissbildungen beschäftigt. Diese betreffen insbesondere *das Zuwanderungsgesetz*, von dem man bei seiner Verabschiedung schon wissen konnte, dass es bald der Nachbesserung bedürfen würde angesichts der Entwicklungen des EU-Rechts, aber eben auch in Fragen einer dem Arbeitsmarkt angemessenen Steuerung, der damit verbundenen Zulassung von Hochqualifizierten und ausländischen Studierenden ebenso wie in der Frage des Umgangs mit lange im Lande lebenden Geduldeten. Der Migrationsreport thematisiert die Folgen des Zuwanderungsgesetzes für »*die Verwaltung der Migration in Deutschland*«, seine Neuerungen und seine ungelösten Probleme.

Deutsche Migrations- und Integrationspolitik ist unabweisbar in den Prozess der europäischen Integration und Osterweiterung eingebettet, dieser betrifft zentral auch die Ausgestaltung einer zukünftigen Integrationspolitik gegenüber Migranten aus Osteuropa. Deutschland setzt bisher auf eine möglichst lange Abwehr erwarteter bzw. befürchteter Zuwanderungen – und läuft dabei Gefahr, auch angesichts laufender Abwanderungen, Gestaltungschancen zu vergeben, wie sie andere Länder wie Großbritannien, Schweden oder Irland durch verschiedene Formen der Öffnung mit Blick auf den jeweiligen Bedarf auf ihren Arbeitsmärkten wahrnehmen. Der Migrationsreport behandelt die *Folgen der EU-Erweiterung für die Wanderungsverhältnisse in Deutschland und Europa* und will damit eine

Diskussion anregen, die nach der neuerlichen Erweiterung 2007 mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien umso dringlicher wird.

Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland kann aber angesichts ihrer charakteristischen Verspätung nicht auf die Frage der Optionen für Neuzuwanderer beschränkt werden. Sie muss vielmehr Antworten auf zwei wesentliche Strukturveränderungen finden, wie sie aus den Migrationen seit den 1970er Jahren hervorgegangen sind: 1) den Wandel der religiösen Verhältnisse und die damit verbundene Etablierung des Islam in Deutschland und Europa; 2) die Umstellung des Erziehungssystems auf den Sachverhalt, dass ein immer größerer Teil der zu beschulenden Kinder einen Migrationshintergrund haben.

1) Aus Zuwanderung resultierte insbesondere ein *Wandel der religiösen Verhältnisse* in Deutschland und Europa, der den Islam im Norden Europas nach dem Protestantismus und im Süden nach dem Katholizismus zur bedeutendsten Religion hat aufsteigen lassen. Erfolgreiche Integration bedeutet daher unabdingbar auch, den Islam und seine Gläubigen zu integrieren, dem Islam also einen Platz in Europa zu eröffnen. Damit ist ganz ohne Zweifel für den Islam die Herausforderung verbunden, sich den damit verknüpften Anforderungen zu stellen. Diese betreffen u.a. die Differenzierung von Recht, Politik und Religion ebenso wie die Gleichstellung der Geschlechter und die Zielsetzung moderner Erziehung, die Beförderung individueller Autonomie. Umgekehrt verlangt der Versuch der Realisierung dieser Zielsetzung, dass eine daran ausgerichtete Integrationspolitik nicht einer an Terrorismusbekämpfung und internationaler Sicherheitspolitik ausgerichteten Perspektive des Verdachts fraglos untergeordnet werden darf. Denn dies befördert, wie sich im Umgang des Verfassungsschutzes, der Ausländerbehörden und der Polizei mit muslimischen Gemeinden zeigt, ganz unbeabsichtigt und doch dramatisch den Prozess der Isolierung muslimischer Gemeinden, der in integrationspolitischer Perspektive doch gerade vermieden werden soll.

2) *Erziehung und Ausbildung* in Deutschland sind, das ist mittlerweile unstrittig, darauf auszurichten und langfristige »Kollateralschäden«, wie sie aus einer lange anhaltenden »Erkenntnisverweigerung« (K.J. Bade) anfallen und insbesondere die Zweite und Dritte Generation betreffen, sind aufzuarbeiten und in Zukunft zu vermeiden. Das ist mit PISA seit einigen Jahren öffentlichkeitswirksam zum Thema gemacht worden. Aus den politisch bislang angesteuerten Konsequenzen ist aber nicht ersichtlich geworden, dass die Strukturhindernisse für eine gelingende Integration von Migrantenkinder in der mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands erforderlichen Schonungslosigkeit diskutiert würden. Stattdessen droht auch in diesem Bereich das, was manche hektischen Reformen im Erziehungs- und Ausbildungssystem kennzeichnet: die Übernahme einer modernistischen Semantik mit Schlüsselwörtern wie Outputsteuerung, Kompetenz und Evaluation, Organisationslernen, Autonomie und Eigenverantwortung – hinter deren Stellwänden die Diskussion von Strukturfragen der Neugestaltung des Bildungssystems als Bedingung einer besseren Gewährleistung von Chancengleichheit (nicht nur) von Migrantenkinder ausgespart wird.

Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet hebt die besondere Bedeutung der frühkindlichen Bildung für die Integrationspolitik auf europäischer Ebene hervor. Er stellt fest: "Integrationspolitik wird immer mehr zu einem internationalen Politikfeld. Dies belegt der IMIS-Integrationsreport in beispielhafter Weise. Schon allein die Durchlässigkeit der Grenzen innerhalb der EU erfordert ein gemeinsames Vorgehen in der Integration. Deshalb müssen wir uns in Europa auf gemeinsame Ziele in der Integrationspolitik verständigen. Einen möglichen Weg weist Nordrhein-Westfalen, das erste Bundesland mit einen eigenen

Integrationsministerium. Wir glauben, dass Bildung der Schlüssel zu einer gelingenden Integration ist. Je früher Bildung beginnt, desto besser, vor allem bei der Sprachvermittlung. Deshalb bauen wir die frühkindliche Bildung in unseren Kindergärten kontinuierlich aus. So erhalten unsere Kinder, Einheimische wie Zuwanderer, von Anfang an gute Startchancen."

Die angemessene Gestaltung von Migrations- und Integrationspolitik ist unvermeidbar politisch umstritten. Dabei gilt für Optimisten wie für Skeptiker, dass Migration und Integration unvermeidbarer Teil einer »Risikogesellschaft« geworden sind, der nichts anderes übrig bleibt als zu *lernen, mit Unsicherheit umzugehen* – und das heißt: Chancen aufzusuchen und wahrzunehmen im Wissen darum, dass damit immer auch Gefahren verbunden sind. Ziel des Migrationsreportes ist es dazu beizutragen, dass die gesellschaftspolitische Diskussion über Migration und Integration normaler Teil des Lernens im Umgang mit Unsicherheit wird.

Der Migrationsreport 2006 ist im Buchhandel erhältlich.

Michael Bommes, Werner Schiffauer: Migrationsreport 2006. Fakten - Analysen - Perspektiven. Campus Verlag, ISBN: 3593381761, Preis: 24,90€